

## PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Stadt Bersenbrück diese Bebauungsplanänderung, bestehend aus den nachstehenden textlichen planungsrechtlichen Festsetzungen, in der Sitzung am **29.06.2004** als Satzung beschlossen.

## PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 68 „Sondergebiet West“ (Der Geltungsbereich ist im unten stehenden Übersichtsplan mit einer starken unterbrochenen Linie gekennzeichnet.) wird die Ziffer 2 der Planungsrechtlichen Festsetzungen des Ursprungsplanes durch die folgende Festsetzung ersetzt:

2. Im Sondergebiet „Großflächige Einzelhandelsbetriebe / Ladengebiete“ sind nur 1 Lebensmittelmarkt mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.000 m<sup>2</sup>, 1 Getränkemarkt mit einer maximalen Verkaufsfläche von 700 m<sup>2</sup>, 1 Baumarkt mit Freizeit- und Gartenbedarf mit einer maximalen Verkaufsfläche von 2.000 m<sup>2</sup> sowie ein Sonderpostenhandel mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.000 m<sup>2</sup> zulässig.

Für den Sonderpostenhandel wird die Verkaufsfläche für zentrenrelevante Sortimente (dies sind: Bücher, Zeitschriften, Papier, Schreibwaren, Büroorganisation, Kunst, Antiquitäten, Bekleidung, Lederwaren, Schuhe, Unterhaltungselektronik, Computer, Elektrohaushaltswaren, Foto, Optik, Uhren, Schmuck, Spielwaren, Sportartikel, Drogerie, Kosmetik und Haushaltswaren) auf maximal 920 m<sup>2</sup> begrenzt.

Bersenbrück, den 29.06.2004

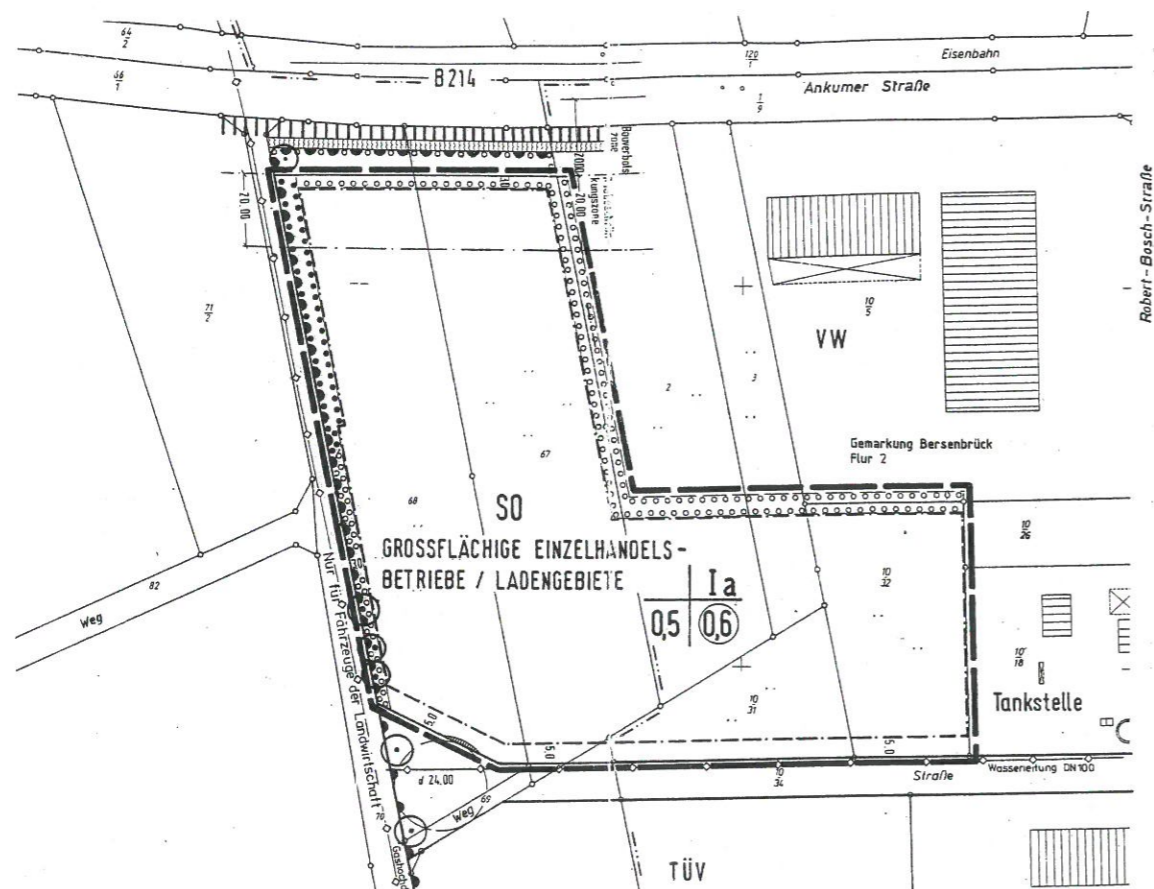
  
Bürgermeisterin



  
Stadtdirektor

## HINWEIS

Mit Ausnahme der ersetzten Planungsrechtlichen Festsetzung Ziffer 2 behalten die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplanes unverändert ihre Gültigkeit.



B-Plan Nr. 68 „Sondergebiet West“ Ursprungsplan Zeichnerischer Teil M 1:2.000


## 1. ÄNDERUNG BEBAUUNGSPLAN NR. 68 „SONDERGEBIET WEST“ STADT BERSENBRÜCK

URSCHRIFT

### SAMTGEMEINDE BERSENBRÜCK/ LANDKREIS OSNABRÜCK

Der Verwaltungsausschuss der Stadt hat in seiner Sitzung am **23.09.2003** die Aufstellung der Bebauungsplanänderung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am **25.09.2003** ortsüblich bekanntgemacht.


Bersenbrück, den 29.06.2004

  
Stadtdirektor

Der Verwaltungsausschuss der Stadt hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Entwurfsbegründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **23.01.2004** ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung und die Entwurfsbegründung haben vom **03.02.2004** bis einschließlich **02.03.2004** gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.


Bersenbrück, den 29.06.2004

  
Stadtdirektor

Der Verwaltungsausschuss der Stadt hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Entwurfsbegründung zugestimmt und die erneute Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und 3 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der 2. öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanänderung und die Entwurfsbegründung haben vom bis einschl. gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Anregungen und Bedenken können nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen vorgebracht werden.

Bersenbrück, den

  
Stadtdirektor

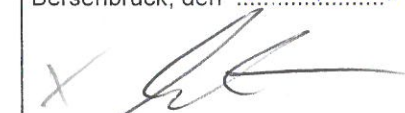
Der Rat der Stadt hat die Bebauungsplanänderung nach Prüfung der Bedenken und Anregungen (§ 3 Abs. 2 BauGB) in seiner Sitzung am **29.06.2004** als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie die Begründung beschlossen.

Bersenbrück, den 29.06.2004

  
Stadtdirektor


Der Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB) der Bebauungsplanänderung ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am **15.07.2004** im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Die Bebauungsplanänderung ist damit am **15.07.2004** rechtsverbindlich geworden.

Bersenbrück, den **20.07.2004**

  
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Bebauungsplanänderung ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

Bersenbrück, den

  
Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Bebauungsplanänderung sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

Bersenbrück, den

  
Stadtdirektor

Die Bebauungsplanänderung wurde ausgearbeitet vom:

 **PLANUNGSBÜRO  
DEHLING & TWISSELMANN**  
Stadt- Bauleit- und Landschaftsplanung  
Spingalsstraße 67 49080 Osnabrück  
Tel. (0541) 2 22 57 Fax (0541) 20 16 35

Osnabrück, den 11.09.2003 / 16.01.2004